

Die „Vierteljahrshefte“ werden regelmäßig am Sonntag und Montag zu einem...
Der Preis des Heftes beträgt bei...
Das Heft kostet 70 Pfennig.

Die Jahrgangswerte...
Der Preis des Heftes beträgt bei...
Das Heft kostet 70 Pfennig.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Keine Entscheidung im Eisenbahnerstreik

Das Ergebnis der Verhandlungen

Ueber den Verlauf der Verhandlungen der Spitzengewerkschaften mit dem Reichskabinett erfahren wir:

In den Verhandlungen der Spitzengewerkschaften mit der Reichsregierung, die unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers...
Der Versuch gemacht, den Vertreter der Postgewerkschaft...
Die Verhandlungen...
Die Verhandlungen...
Die Verhandlungen...

1. zu der Frage einer Erhöhung der Grundgehälter,
2. zur Revision des Referentenentwurfs über die Arbeitszeit im Verkehrsgewerbe,

3. wurde schließlich von ihm, ebenso wie von den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, verlangt, daß die Regierung auch Sicherungen gegen Maßregelungen der jetzt im Streik befindlichen Eisenbahner geben müsse.

Der Finanzminister Hermes und seine bereits gefolgschaftliche Gesandtschaft redeten von der Gewährung von Wirtschaftshilfen, von einer Vorlage zur Gewährung von Uebersetzungsbeihilfen, von automatischer Anpassung an die schwankenden Geldverhältnisse usw., um immer wieder von der Hauptforderung, Neuregelung der Grundgehälter, abzulenken. So bedurfte es wieder weiterer Bemühungen der freien Gewerkschaften und des Beamtenbundes — auch in der darauf am Nachmittag folgenden Besprechung im Finanzministerium —, um endlich von dem Finanzminister Dr. Hermes die Erklärung zu bekommen, daß er nunmehr die Initiative ergreifen werde, um im Zusammenhange mit den Uebersetzungsbeihilfen auch die Milderung der Grundgehälter durchzuführen. Nachdem der zuständige Verkehrsminister um jede Zulassung herumgeredet hatte, gab er die Erklärung ab, daß erpens dieser Referentenentwurf nochmals einer eingehenden Beratung mit sämtlichen Spitzengewerkschaften unterzogen, und zweitens, daß der Zusammenhang dieses Uebersetzungsgesetzes für das Verkehrsgewerbe mit der allgemeinen Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer hergestellt werden soll.

Der Vertreter der Postgewerkschaft befand sich bei seiner Stellungnahme in Uebereinstimmung mit den Sprechern der freien Gewerkschaften. Ueber die in der Vormittags-sitzung aufgestellte Forderung eines Schutzes gegen Maßregelungen ist weder in dieser Sitzung noch in der folgenden Besprechung im Finanzministerium eine beschließende Erklärung der Regierung abgegeben worden. Genosse Aufhäuser hat deshalb am Schluß der zweiten Sitzung den Finanzminister nochmals erlucht, in der am Abend stattfindenden Kabinettsitzung eine eindeutige Neuherung der Regierung zu dieser wichtigen Frage herbeizuführen.

Auf Grund der Verhandlungsergebnisse haben dann anschließend an die Beratungen im Finanzministerium wiederum Besprechungen des Deutschen Beamtenbundes mit der Reichsgewerkschaft stattgefunden, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen.

Der Verlauf dieser Verhandlungen hat wieder einmal gezeigt, wo die Wurzeln des Uebels und die eigentlichen Gründe für den Streik der Eisenbahner liegen. Die Verhandlungen in den Vormittagsstunden verliefen verhältnismäßig günstig und hinterließen einen Eindruck, der immerhin zu bescheidenen Hoffnungen auf eine vernünftige Haltung der Regierung berechtigte. Der günstige Fortgang der Verhandlungen kam ins Stocken, als die Verhandlungen ins Finanzministerium verlegt und der Führung des Herrn Hermes unterstellt wurden. Hier begann das Drehen und Wenden. Mit Mühe und Not konnte Herr Hermes zu den oben erwähnten Zugeständnissen gebracht werden, die ihn, bei Licht besehen, zu gar nichts verpflichten. Derselbe Hermes, der als Ernährungsminister eine Liebesgabenpolitik verwerflicher Art treibt, der den Landwirten und der Düngemittelindustrie Extravergünstigungen auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in Milliardenhöhe zuwandte, der vor jedem Anspruch der Schwermödiener in Industrie und Landwirtschaft zurückwich — derselbe Hermes spielt den Beamten gegenüber

den starken Mann. Als Finanzminister ist er nicht in der Lage, den Beamten das verbindliche Versprechen abzugeben, daß er sich für Grundgehälter einsetzen wird, die wenigstens das Existenzminimum sichern — als Ernährungsminister wirft er die Mittel des Staates mit vollen Händen den Besitzenden an den Hals. Und als Finanzminister hält er den Säckel zu, damit er es nicht nötig hat, den Besitzenden jene Lasten aufzuerlegen, durch welche spielend die Summen aufgebracht werden würden, die den Beamten bewilligt werden müssen. Als Finanzminister tritt Herr Hermes als der Mann auf, der für Ordnung sorgt, und im Ressort des Ernährungsministeriums herrscht seit seinem Amtsantritt die schlimmste Miswirtschaft.

Die Angelegenheit der Beamten befindet sich also bei Herrn Hermes in falscher Hand. Dieser Mann als Führer der Verhandlungen muß auf die Beamten wie eine neue Herausforderung wirken, zumal jener standalöse Brief, den er als Antwort auf die Forderungen der Beamten vom 3. Dezember geschrieben hat, bei den Beamten noch in frischer Erinnerung ist. Will die Regierung die Verhandlungen also nicht scheitern lassen, so muß sie in ihrer Gesamtheit den Beamten endlich die notwendigen bündigen Zusicherungen geben, dann darf sie es nicht Herrn Hermes überlassen, sein Spiel mit den Forderungen der Beamten zu treiben.

Bemittlungsversuch der USPD.

Vom Zentralkomitee unserer Partei wird uns geschrieben: Von einem Vorstandsmitglied der Reichsgewerkschaftsleitung der Eisenbahnbeamten und -anwärter wurde Sonnabend vormittag ein Mitglied unserer Parteileitung telefonisch gefragt, ob unsere Partei bereit sei, an einer Bemittlungsaktion im Eisenbahnerstreik durch Parlamentarier verschiedener Richtungen teilzunehmen. Unsere Parteileitung erklärte sich dazu bereit und beauftragte die Genossen Dittmann, Remig und Rosenfeld mit ihrer Vertretung bei solchen Verhandlungen. Die rechtssozialistische Partei lehnte ein gemeinsames Vorgehen mit uns unter Berufung auf die nach Auffassung der Rechtssozialisten ungebührliche und scharfe Haltung eines Artikels der „Freiheit“ vom selben Tage, ab. Darauf verhandelten unsere Beauftragten Sonnabend nachmittag 5 Uhr allein mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth, dann mit Vorstandsmitgliedern der R. G. D. E. und am Sonntag mittag nochmals mit dem Reichsfinanzminister.

Unsere Vermittler erfuhren bei ihrer Rücksprache mit den Vertretern der R. G. D. E., daß verschiedene ihrer Führer langjährige Mitglieder der S. P. D. sind und die als „Dekler“ bezeichneten und verfolgten Streikleiter machen aus unsere Genossen den Eindruck ruhiger und besonnener Leute. Nach ihrer Darstellung ist der Hauptgrund des Streiks die geschwundene Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10, 12 und 15 Stunden in verschiedenen Eisenbahndirektionsbezirken sowie die ewige Verzögerung einer Aufhebung der Grundgehälter für die unteren und mittleren Beamtengruppen. Dazu kommt eine herabgesetzte Erbssteuer, darüber, daß man bei der letzten Gehaltserhöhung für die oberen Beamten die Gehälter stark erhöht hat, weil sie angeblich große Beiträge in Form der Einkommensteuer zurückzahlen mußten, und daß man dann sofort das Einkommensteuergesetz ändert, um denselben höheren Beamten Steuererleichterung um Zehntausende zu verschaffen. In dieser politischen Gaunerei läßt die Streikende eine doppelte Gehaltsaufbesserung für die hohe Bürokratie im selben Augenblick, in dem man den unteren und mittleren Beamten selbst das Existenzminimum verweigert. Aus diesen Gründen erklärt sich auch, daß 98 Prozent der Lokomotivführer in den Streik getreten sind. Bei der Besprechung mit dem Reichsfinanzminister haben unsere Vertreter mit Nachdruck die Berechtigung dieser Beschwerden vertreten und auf das militärische Willkürregiment des Verkehrsgenerals Groener sowie auf die unverantwortliche historische Behandlung der Besoldungsfrage durch die Bürokraten Kühnemann und Genossen im Reichsfinanzministerium verwiesen. Aus den Antworten des Reichsfinanzministers ergab sich, daß das Kabinett sich völlig verkennt hat auf den Autoritäts- und Prestigepunkt und von den Scharfmachern der Industrie beherrscht wird, die bei der Eisenbahn den Anfang machen wollen mit der Verechtigung des Achtstundentages und der Rechtlosmachung der Arbeitnehmer. Das Kabinett lehnte direkte Verhandlungen mit der Streikleitung ab, sondern mit zwei Mitgliedern derselben, die beide Mitglieder der S. P. D. sind. Das Kabinett will nur zugestehen, daß nicht an der Streikleitung beteiligte Mitglieder der R. G. D. E. als Beauftragte ihrer Spitzengewerkschaft, des Beamtenbundes, teilnehmen. Dadurch will man einen Keil in die Streitenden hineintreiben und hofft, sie spalten zu können ein Indusverfahren das kein ausrechter Politiker gutheißen kann. Durch diesen Scharfmacherei-Standpunkt der Regierung wird die schnelle Beendigung des Streiks, die bei einer verständigen Haltung ihrerseits schon am ersten Tage innerhalb 2 Stunden möglich gewesen wäre, unmöglich gemacht. Unsere Vertreter haben dem Reichsfinanzminister darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Ausnahmeverordnung des

Reichspräsidenten erst die Verschärfung der Lage eingetreten und auch die Ablehnung des Schlichtespruches in Sachen des Berliner Gemeindevorstandes provoziert worden ist. Die ganze Arbeiterklasse werde jetzt zur Solidarität gezwungen, da es sich um die Verteidigung des Koalitionsrechts und des Achtstundentages handle.

Kein Streik der Hochbahner

Bei der Abstimmung über einen Streik der Hoch- und Untergrundbahnarbeiter haben 1224 gegen und 691 für den Streik ihre Stimme abgegeben. Der Eintritt in den Streik ist somit abgelehnt, die Hoch- und Untergrundbahn wird heute fahren.

Post-Streik in Berlin?

Wie wir erfahren, hat der Reichsverband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Berlin, gestern eine Funktionärskonferenz abgehalten die sich mit der durch den Eisenbahnerstreik für die gesamte Beamtenchaft geschaffenen Lage beschäftigt hat. Die Funktionärskonferenz hat beschlossen, daß die Post- und Telegraphenbeamten in Berlin heute um 12 Uhr mittags in den Streik treten werden, falls die Forderungen der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten nicht inzwischen bewilligt sind. Insbesondere fordern die Postbeamten, daß die Regierung die Zuführung gibt, sie werde keine Maßregelungen halten lassen, und daß sie ferner sofort in Verhandlungen über die Erhöhung der Grundgehälter eintrete.

Neue Scharfmachereien

Berlin, 6. Februar. Der Eisenbahndirektionsbezirk hat den sofortigen Ausbruch folgender Aufforderung angeordnet:

Alle der Arbeit ferngebliebenen Arbeiter und Angestellten werden hiermit aufgefordert, am Mittwoch, den 8. d. Mts., zu Beginn ihrer planmäßigen Schicht sich bei ihrer Dienststelle zu melden und den Dienst sofort wieder aufzunehmen. Weigerung dieser Aufforderung nicht Folge leistet, hat sein Dienstverhältnis selbst beendet und ist entlassen.

Diese Anordnung sieht Herrn Wulff ähnlich. Als die Arbeiter und Angestellten die Streikarbeit verweigerten, hat er sie ausgesperrt. Jetzt richtet er an sie die Aufforderung, den Dienst wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie die Entlassung zu gewärtigen hätten. Die Regierung tut gut daran, wenn sie die deutschnationalen Vorkuren in der Eisenbahnverwaltung anweisen würde, ihre ungeschliffenen Finger aus dem Spiel zu lassen, zum mindesten so lange, wie die Verhandlungen andauern und noch Aussicht auf ein günstiges Ergebnis haben.

Die Wirkung der Ebertverordnung

Vom Vorstand des A. D. G. V. wird uns geschrieben: Dem Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wird ausgeschieden mit Aufforderungen aus dem ganzen Lande bestrahlt, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten zu schützen, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 2. 22 gefährdet sei. Hierzu sei gelagt, daß der Bundesvorstand schon von sich aus, gleich am ersten Tage, beim Reichspräsidenten in diesem Sinne vorstellig wurde. Es sei ferner auf den Ruf der Gewerkschaften vom 3. Februar verwiesen, der die ausdrückliche Erklärung der Regierung enthalte, daß alle Gerichte und Behörden über eine beabsichtigte Beschränkung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechtes durchaus unbegründet sind. Die Verordnung des Reichspräsidenten will nur feststellen, was über ihr Wortlaut keinen Zweifel läßt, daß nach dem geltenden Beamtenrecht die Beamten kein Streikrecht haben. Da diese Feststellung richtig und endgültig ist, darüber wird die Entscheidung im Reichstag herbeigeführt werden.

Auch die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeitervereins hat eine Entschlieung zur Lage gefaßt. Es heißt darin u. a.:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922 ist ein Verstoß gegen den Verfassungsgesetz, gegen den sich die ganze Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger geschlossen zu wenden hat.

In Ausführung vorgenannter Ebert-Verordnung hat der Berliner Sozialdemokratische Polizeipräsident eine Verfügung erlassen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellt. Diese brutalen, reaktionären Unterdrückungsmaßnahmen werden aller Voraussicht nach auch in jedem anderen Wirtschaftskampf automatisch in Anwendung kommen.

Ein Teil der Auflage der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ wurde auf Verfügung des Polizeipräsidenten von Hamburg beschlagnahmt.

Der Notbetrieb auf der Eisenbahn

Auch der gestrige Tag hat noch keinen auch nur den geringsten Anzeichen des Verkehrs genügenden Ersatz der Fahrpläne gebracht. Nur wenige Züge haben auf den Ferngleisen Berlin verlassen können, die ungeheurt und dunkel Berlin verlassen. Vom Stettiner Bahnhof fuhr ein Zug (Neustrelitz und Stettin), vom Lehrter Bahnhof ein Zug (Hannover), vom Potsdamer Bahnhof ein Zug (Braunschweig). Im Vorortverkehr hat sich die Lage um ein geringes verbessert. In weiten Zwischenräumen sind von den Vorortbahnhofen einige Züge nach Bernau, Oranienburg, Nauen, Jossen, Königswusterhausen, Potsdam usw. abgelassen worden, wobei von einem regelmäßigen Verkehr nicht gesprochen werden kann.

Die Lage im Reich hat eine weitere Verschärfung erfahren. Der größte Teil der Beamten in Bayern, Württemberg und Mecklenburg hat sich dem Streik angeschlossen, so daß auch dort der Verkehr fast vollständig ruht.

Die Lage im Reich

Ueber die Streiklage im Reich wird berichtet:

In Berlin ist die Streiklage im wesentlichen unverändert. Im Personen-Vorortverkehr wurden in den letzten 24 Stunden rund 100 Züge gefahren. Auf der Strecke Lüdersfelde-Ost verkehrte häufig ein Zug in beiden Richtungen. Seit heute früh ist zwischen Bahnhof Westend und Potsdamer Ringbahnhof ein halbstündlicher Pendelverkehr für den öffentlichen Verkehr eingerichtet. Im Fernverkehr wurden seit gestern nachmittags bis heute früh 20 Züge gefahren, die sich auf alle Richtungen verteilen. In den letzten 24 Stunden sind mit der Eisenbahn 180 000 Liter Milch auf den Berliner Bahnhöfen eingegangen. Zur Zeit werden 6 Züge Dienstlokalen für Gasanstalten und Elektrizitätswerke sowie mit Hausbrand den Empfangsstellen zugeführt.

Die Eisenbahndirektion Magdeburg teilt mit: Die Streiklage im hiesigen Bezirk ist unverändert; in einzelnen Orten treten zwar noch Arbeiter und Werkführer in den Streik, andererseits melden sich zahlreiche Bedienstete darunter auch Lokomotivführer wieder zum Dienst an. Personen- und Güterzüge konnten in großem Umfang als bisher gefahren werden. Von Güterzügen verkehrten neben Lebensmittelzügen besonders Kohlen- und Leertzüge. Eine ausreichende Versorgung der industriellen Werke mit Kohlen ist hier gegeben.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Altona konnten am Sonntag Züge mit Milch und sonstigen Lebensmitteln von allen Richtungen nach Hamburg gebracht werden. Auf den verkehrswichtigen Strecken des Direktionsbezirks, insbesondere auch auf der Strecke Berlin-Hamburg, sind gemischte Züge (Güter- und Personenwagen) gefahren worden, und zwar mit Eisenbahnpersonal, das sich für diesen Notbetrieb der Verwaltung zur Verfügung gestellt hat.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Die Streiklage hat sich nicht verändert. Auf fast allen Strecken findet ein Notbetrieb statt. Es wurden 177 Züge gefahren, davon 27 Milchzüge, 9 Eilgüterzüge, 11 Güterzüge, 5 Kohlenzüge, 130 gemischte Züge für Güter und Lebensmittel.

Die Eisenbahndirektion Erfurt teilt mit, daß die Lage im Erfurter Bezirk günstig ist. Der Verkehr wird in beschränktem Umfang aufrecht erhalten. Die Lage in den Nachbarbezirken ist teilweise besser als am Tage vorher.

Im Eisenbahnstreik sind in Dneprowka bis jetzt 690 Mann von der Nothilfe eingeleitet. In Tisul ist ein Eisenbahnsekretär, in Deutsch-Enau ein Kessellokomotivführer wegen Aufforderung zum Streik festgenommen worden; letzterer ist am 4. 2. aus dem Dienst entlassen worden. Seit den frühen Morgenstunden des Sonntags herrscht in Königsberg festes Schneewetter. Der Schnee lag bald mehrere Fuß hoch, so daß die elektrifizierte Straßenbahn in den Mittagstunden den Betrieb einstellen mußte. Erst in den Abendstunden konnte der Betrieb in beschränktem Umfang wieder aufgenommen werden.

Wie die Frankfurter Eisenbahndirektion mitteilt, hat das noch dienst tunde Mannheimer Eisenbahnpersonal ebenfalls in den Streik zu treten, falls die Technische Nothilfe nicht zurückgezogen wird.

Streikgeldsammeln — verboten!

Wie der „Tag“ mitteilt, ist ein Oberwachtmeister der Schupo verhaftet worden, weil er Gelder für die streikenden Eisenbahner sammelte. Diese Verhaftung ist genau so ungesetzlich und verfassungswidrig, wie die Ausnahmeordnung des Herrn Ebert und die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten Richter. Sie wirkt um so herausfordernder, als die Regierung den streikenden die Verhandlungsgelder für Unterstützungszwecke beschlagnahmte, was ebenfalls einer groben Rechtsverletzung gleichkommt. Das Sammeln von Geld zur Unterstützung der streikenden ist ein Akt der Solidarität. Die Regierung kann eine solche Handlung weder den Arbeitern, noch den Beamten verbieten, und noch viel weniger kann sie irgendwo das Recht ableiten, Personen, die Streikgelder sammeln, in Haft nehmen zu lassen.

Der ungesetzliche Akt, begangen an einem Wachtmeister der Schupo, muß sofort rückgängig gemacht werden. Wir wissen im Augenblick nicht, wer dafür direkt verantwortlich ist. Die Regierung sollte aber endlich einsehen, daß durch die anbauernden Gewaltakte nur das in das Feuer gegossen wird und eine Entspannung der Lage nicht herbeigeführt werden kann.

Die Papstwahl

Kardinal Ratti gewählt

Rom, 6. Februar. (Neuter.)

Kardinal Ratti ist zum Papst gewählt worden. Er hat den Namen Pius XI. angenommen.

Der neugewählte Papst Pius XI. erteilte von dem äußeren Altar der Basilika herab unter dem Beifall der Menge, die den Petersplatz füllte, den päpstlichen Segen. Die Truppen präsenzierten. Achilles Ratti, der nunmehr als Pius XI. den päpstlichen Stuhl bestiegen hat, wurde am 31. März 1857 in Desio (Provinz Mailand) geboren, war früher Runtius in Polen und wurde dann zum Erzbischof von Mailand ernannt. Zum Kardinal wurde er im Konsistorium vom 12. Juni 1921 ernannt.

Kardinal Ratti, der nunmehr zum Papst gewählt worden ist, war seinerseits, die die päpstliche Politik der letzten Jahre maßgebend beeinflusst. Er ist vielmehr als Kompromißkandidat auf den päpstlichen Thron gelangt. Sowohl der Staatssekretär Caspari, als auch sein enger Gefinnungsgenosse Vannutelli, die Führer einer entgegenkommenden und die völlige Ausöhnung mit Italien beabsichtigenden Politik, sind ebenso unterlegen, wie der Führer des intrasigenten, antimodernistischen Flügels, Kardinal Del Lai.

Kardinal Ratti gilt als polen- und damit auch als franzosenfreundlich. Die Annahme des Namens Pius läßt darauf schließen, daß er mehr der konservativen Richtung zuneigt.

Ende des städtischen Streiks?

Der Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten beschäftigte den Berliner Magistrat während des gestrigen Tages fast ununterbrochen. Im Laufe des Vormittags fanden Verhandlungen mit Vertretern des A. D. G. B. und der Berliner Gewerkschaftskommission statt, die das Ergebnis hatten, daß die Zentralverbände den an anderer Stelle wiedergegebenen Aufruf an die streikenden Arbeiter beschloffen. Eberbürgermeister Böhm berichtete in der Magistratsitzung über die Auffassung der Reichsregierung über den Berliner Streik, die durch ihn informiert war. Der Magistrat beschloß, die von ihm bereits erfolgte Zustimmung zum Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums aufrecht zu erhalten, glaubte aber, in seinen Zuständigkeiten an die Arbeitnehmer, nicht darüber hinausgehen zu können. Da bis zur Stunde erfolgreiche Verhandlungen mit der Streikleitung nicht in Aussicht standen, wurde weiter vom Magistrat beschlossen, nachstehenden Aufruf an die städtischen Arbeiter zu erlassen:

Alle städtischen Arbeiter und nichtstädtischen Angestellten werden hiermit aufgefordert, ununterbrochen bis spätestens Dienstag, den 7. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, die Arbeiten wieder aufzunehmen, und zwar auf der Grundlage des Schiedspruchs des Schiedsrichters vom 3. d. Mts., der vom Magistrat angenommen wurde. Wer bis zum Ablauf der gestellten Frist die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, ist striflos entlassen.

Berlin, den 6. Februar 1922.

Der Magistrat der Stadt Berlin. Böhm.

Der Aufruf verliert aber seine Bedeutung dadurch, daß im Laufe des Nachmittags erneute Verhandlungen mit Vertretern der Streikleitung gepflogen wurden, die eine Aussicht auf baldige friedliche Beilegung des Kampfes bieten. Der Magistrat hat die Vertreter der Streikleitung erklärt, daß er bereit ist, für die ganze Urlaubsperiode, d. h. über den 30. Juni hinaus, den Urlaub nach den geltenden Bestimmungen des alten Manteltariffs zu gewähren. Weiter wurde ausdrücklich zugesichert, daß irgendwelche Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht erfolgen würden. Weiter wünschte der Magistrat, daß die Arbeitsausnahme heute nachmittags um 2 Uhr in allen Betrieben erfolgen sollte. Die Vertreter der Streikleitung erklärten, diesen Vergleichsvorschlag den städtischen Arbeitnehmern in einer Urabstimmung unterbreiten zu wollen. Der Magistrat erklärte demgegenüber, daß eine Urabstimmung den Streik ganz unnötig verlängern und die durch diesen hervorgerufenen Schädigungen ungeheuer vermehren würden. Weiterhin machte der Magistrat geltend, daß die Streikleitung die Proklamation des Streikes ohne vorausgegangene Urabstimmung vorgenommen habe und demzufolge auch berechtigt sein müsse, den Streik ohne Urabstimmung zu beenden. Die Vertreter der Streikleitung erklärten sich nach längeren Verhandlungen bereit, der Streikleitung die Annahme des Magistratsvorschlages zu empfehlen.

Die Streikleitung beschäftigte sich in mehrstündiger Sitzung mit dem Bericht der Unterhändler und kam zu dem Beschluß, den Vergleichsvorschlag des Magistrats einer heute vormittags stattfindenden Obleutekonferenz zu unterbreiten. In dieser Obleutekonferenz werden die Vertreter des A. D. G. B., der Gewerkschaftskommission sowie die Vertreter der Hauptverbände der an dem Streik beteiligten Gewerkschaften ihre Stellungnahme begründen. Die Streikleitung hat beschlossen, von einer Unterzeichnung des von den Spitzenverbänden ertlassenen Aufrufs abzusehen, aber der Obleutekonferenz zu empfehlen, den Streik nach einer noch vorzunehmenden Urabstimmung unter Annahme des Magistratsvorschlages abzubrechen.

Der Beschluß der Streikleitung, den einmal aufgenommenen Kampf ohne Erreichung des gesteckten Zieltes zu beenden, ist zweifellos erfolgt mit Rücksicht auf die große Verantwortlichkeit gegenüber der von dem Streik am härtesten betroffenen arbeitenden Bevölkerung. Es ist der Streikleitung nicht unbekannt geblieben, daß eine Fortsetzung des Streiks in den städtischen Betrieben geeignet ist, die notwendigen Lohnkämpfe aller anderen Berufsgruppen aufs schlimmste zu schädigen. Nach Lage der Sache ist darum auch nicht daran zu zweifeln, daß die Konferenz der Obleute im Bewußtsein ihrer Verantwortung dem Beschluß der Streikleitung billigen und somit eine schnelle Beendigung des Kampfes herbeiführen werden. Wir dürfen die Hoffnung aussprechen, daß die Konferenz der Obleute in dem Bewußtsein, daß ihre Maßnahmen von allen am Streik beteiligten städtischen Arbeitern gebilligt werden, von der vorgeschlagenen Urabstimmung absieht und damit die Arbeitsaufnahme für spätestens Mittwoch früh in allen Dienststellen der Stadt sichert. Die streikenden städtischen Angestellten haben sicher in ihrem Kampfe gegen die Abwehr von geplanten Verschlechterungen ihres Arbeitsvertrages die gesamte Arbeiterschaft hinter sich. Da aber eine solche Gefahr für die nächsten Monate nicht besteht, kann diese Zeit ausgenützt werden, um die Organisation und Widerstandskraft der städtischen Arbeiter in solchem Maße zu stärken, daß jeder Versuch, Verschlechterungen des Arbeitsvertrages herbeizuführen, zum Scheitern verurteilt ist.

Die Wirkungen des Streiks

Wahrheit und Dichtung

Die gesamte bürgerliche Presse benutzte den städtischen Streik zu einer müßigen Heiße gegen die städtischen Arbeitnehmer. Gerüchte werden verbreitet, über die durch die angebliche Einstellung von Kohlarbeitern herbeigeführten Gefahren von Säuglingen und Kranken. Man scheint sich nicht, die Tartarennachricht zu verbreiten, daß einige hundert Personen infolge der Arbeitseinstellung der städtischen Arbeitnehmer und der dadurch angeblich hervorgerufenen Störung in der ärztlichen Versorgung gestorben sind. Wenn leider auch nicht die Tatsache zu bestritten ist, daß an einigen Stellen erhebliche Umstände und Schwierigkeiten hervorgerufen wurden, so liegt doch auf der anderen Seite kein Grund vor, derartigem Gerücht irgendwelche Bedeutung beizulegen. Auch die bürgerliche Presse selbst zugeben, daß die Kohlarbeitern in den Gaswerken ausgenützt werden und die Arbeiter die Elektrizitätswerke erst dann verlassen haben, als die Technische Nothilfe einrückte. Weiterhin steht fest, daß die städtische Milchversorgung durch den Streik in keiner Weise getroffen wurde, sondern in vollem Umfang aufrechterhalten und damit die Versorgung mit Milch an Säuglinge und Kranke nicht gefährdet worden ist. Unberücksichtigt wird gegeben, daß die Wasserwerke so verlassen worden sind, daß es der Technischen Nothilfe ohne weitere Umstände möglich war, den Betrieb aufzunehmen. Die Arbeiter der Wasserwerke haben also selbst mitgeholfen, daß während des gestrigen Tages die Wasserzufuhr mit Ausnahme eines kleinen Bezirks wieder in

vollstem Umfang möglich war. Es steht auch fest, daß in allen städtischen Betrieben die Kohlarbeiten verrichtet wurden, damit die technisch-mechanischen Anlagen keinen Schaden erleiden.

Auch die vorhandene bestehende Kohlennot ist nicht zurückzuführen auf den Streik der städtischen Arbeitnehmer, sondern auf die Beschlagnahme der Kohlen bei den Händlern für die sozialen Anstalten. Auch muß berücksichtigt werden, daß die Unterbrechung der unbedingt notwendigen Kohlenzufuhr nicht auf das Konto der streikenden Eisenbahner zurückzuführen ist, sondern daß diese sich ausdrücklich bereit erklärt haben, die für solche Zwecke benötigten Mengen Kohle zu liefern. Allerdings ist ihnen dieses ebenso wie die Zufuhr von fehlenden Lebensmittel durch die Eisenbahndirektion unmöglich gemacht worden.

Aufruf der Gewerkschaften

Den ganzen Montag über haben im Rathaus Verhandlungen stattgefunden zwischen Vertretern der Gewerkschaften und dem Magistrat unter Führung des Stadtrats Koblenzer. In diese Verhandlungen schlossen sich dann, ebenfalls noch im Rathaus, interne Besprechungen zwischen dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der am Streik der städtischen Arbeiter beteiligten Verbände.

Nach längerer Aussprache einigte man sich dann in den Abendstunden auf folgenden

Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit:

In den Betrieben und Verwaltungen der Stadt Berlin ist ein Streik von ungeheurer Ausdehnung ausgebrochen, dessen Begleitschritte schon jetzt außerordentlich sind, bei Fortdauer aber geradezu ungeheure Formen annehmen werden. Was ist geschieden? Warum streiken die städtischen Arbeiter und Angestellten? Handelt es sich um Verlesung einer Lohnforderung oder eine sonst wichtige Lebensfrage ihrer Existenz? Nichts von alledem! Der Manteltarif, der bis zum 31. Dezember 1921 Geltung hatte, war vom Magistrat gekündigt worden. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag wurden selber durch die wenig sachgemäße Behandlung durch den Magistrat außerordentlich in die Länge gezogen. Die Beunruhigung der städtischen Arbeiterschaft ist dadurch natürlich gesteigert worden. Das Einigungsamt des Magistrats hätte einen Teilschiedspruch, mit dem die Arbeitnehmer sich nicht einverstanden erklären konnte. Aus diesem Grunde war der durch Urabstimmung herbeigeführte Streikbeschluss verständlich. Nachdem nun aber durch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums

ein neuer Schiedspruch

gestiftet worden ist, der den alten Manteltarifvertrag in seinen wesentlichen Punkten bis zum 30. Juni 1922 aufrecht erhält, ist nach der Meinung der unterzeichneten Verbände wie nach allgemein gültigen Gewerkschaftsprinzipien ein Streikbescheid nicht mehr vorhanden. Deshalb kann auch diese Urabstimmung für den durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zustande gekommenen Schiedspruch keine Geltung haben. Die Arbeitseinstellung erfolgte daher unter Verletzung der tatsächlichen Umstände und ging von Voraussetzungen aus, die nicht mehr vorhanden waren. Die Arbeiterschaft führt also einen Streik, den sie tatsächlich gar nicht beschloffen hat. Für die Verhandlungen über die Erneuerung des bisherigen Manteltariffs ist in den kommenden 5 Monaten bis zum 30. Juni 1922 genügend Zeit vorhanden.

Die unterzeichneten Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß die Verhandlungen nicht wie bisher sich monatelang hinziehen, sondern schnellstens einseitig beendet werden. Das in dieser Beziehung vom Berliner Magistrat bisher geübte Verhalten muß geändert werden. Die städtischen Arbeiter haben mancherlei Vorteile in ihren Verträgen aufzuweisen. Daraus folgt aber, daß sie gegenüber der Allgemeinheit auch besondere Pflichten auf sich nehmen müssen. Wer rechtlich denkt, wird zugeben müssen, daß die vorliegende Differenz geringfügig ist, daß die durch den Streik über die gesamte Bevölkerung verhängten Leiden und Übeln vor seinem Forum gerechtfertigt werden können.

Trotz der vorstehend geschilderten Sachlage haben die unterzeichneten Verbände vermittelnd eingegriffen und am heutigen Tage mit dem Magistrat verhandelt. Die Verbände haben dabei die Forderung gestellt, daß sofern die Arbeitsaufnahme zu einem möglichst baldigen Termin erfolgt, keine Maßnahmen getroffen werden dürfen. Der Magistrat hat dies zugezogen. Er erklärte hierbei weiter, daß mit der Annahme des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums der Magistrat auch anerkennt, daß die diesjährige Urlaubsregelung nach dem alten Manteltarif erfolgen soll.

Arbeitstkollegen! Wir fordern Euch darum auf, die Arbeit unverzüglich und geschlossen wieder aufzunehmen und diejenige die allgemeine Arbeit schädigenden Streik sofort aufzugeben. Auch die bei den Verhandlungen anwesenden Vertreter der Streikkommission haben die Zusage gegeben, für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Berlin, den 6. Februar 1922.

Der Vorstand des A. D. G. B.: Grafmann.
Verband der Staats- und Gemeindearbeiter: Frh. Wintner.
Zentralverband der Maschinen- und Heizer: Max Behrend.
Deutscher Transportarbeiterverband: Bender.
Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter: Bufe.
Zentralverband der Angestellten: Karl Siebel.
Als Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeit ist, wie die P. R. A. hören, der Dienstag Nachmittag vorgesehen.

Erklärung der Streikleitung

Eine Deputation der Gasbranche, beauftragt von der Streikleitung, sendet uns folgende Erklärung:

Die städtischen Arbeiter befinden sich im Abwehrkampf. Sie haben nicht angegriffen, sondern der Magistrat, der den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht rauben will. Der Magistrat will weiter die Arbeitszeit verlängern, die Urlaubs-, Entlassungs- und Krankengeldbestimmungen verschlechtern. Der Kampf geht also fast nur um ideale Objekte. Die Streikenden wollen weiter nichts, als ihre bisherigen Rechte, die ihnen der Magistrat nehmen will, behalten und verteidigen.

Das Hauptmoment des Kampfes liegt in der Vertragsmauer. Ein Ablauf des Vertrages am 30. Juni 1922 ist nach Ansicht der städtischen Arbeiter rein technisch unmöglich, da natürlich jeder Arbeiter bestrebt sein wird, vor dem 30. Juni den Urlaub anzutreten, in der begründeten Befürchtung, daß neue Tarifverhandlungen eine Herabsetzung des Urlaubs bringen werden. Wie es möglich sein soll, alle Arbeiter noch vor dem 1. Juni zu beurteilen und die städtischen Werte trotzdem nicht zum Stillstand kommen zu lassen, ist Geheimnis des Magistrats.

Weiter befürchten die städtischen Arbeiter, daß sie bei der Gelegenheit unter dem 30. Juni gleichfalls ablaufenden Reichsmanteltarif gezwungen werden sollen, der bedeutende Verschlechterungen für die Berliner städtischen Arbeiter bringen würde.

Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums war den städtischen Arbeitern bereits am Sonnabend früh in den Betrieben bekannt gegeben worden. Eine nachträgliche Urabstimmung wurde in allen Versammlungen abgelehnt, da der Ablauf des Manteltariffs am 30. Juni für die städtischen Arbeiter unzulässig ist und auch der Magistrat sich in Vorverhandlungen bereits erklärt hatte, den Manteltarif bis zum 31. 12. zu verlängern.

Betriebsräte! Heute, um 2 Uhr nachm., findet im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung, die gestern vertagt wurde, statt. Genossen, erscheint vollzählig!

Der Sammler

In dem Roman „Fairfax“ von Carl Sternheim gibt es einen amerikanischen Kriegsgewinner, der im Frieden mit seinen Millionen nichts anzufangen weiß. Vor lauter Langeweile versucht es Herr Fairfax mit dem Sammeln von Urkunden aus der großen Zeit. Er kauft unter anderm ein Monokel von Ludendorff, ein Fellax von Hoch, und er gibt diese Beschäftigung erst auf, als er einen Original-Embryo der jungfräulichen Königin Elisabeth als Fälschung erkennt.

Der Sternheim ist schon ein Satiriker, der seine Leute kennt. Und mancher wird denken, er übertriebt ganz hübsch. Aber es zeigt sich, daß dieser Zeit nicht so leicht beizukommen ist, und daß der frechste Witz und der behendeste Geist hinter unserer zeitgenössischen Wirklichkeit zurückbleibt.

Dieser Tage habe ich eine Annonce gelesen, in der ein Herr zur Komplettierung seiner Sammlung um Angebote eines Graben-entfernungsmessers ersucht. Ein Grabenentfernungsmesser — wagt ihr noch?

Was mag das wohl für ein Mann sein? Ich denke mir, daß er nicht zu denen gehört, die im Graben sehen und ausmachen, wie man wässern müsse, um recht gut und ordentlich idlen zu können. Oder glaube ich schon, daß er eine Fabrik hatte, in der solche oder ähnliche Apparate gemacht wurden, und er wird damit genügend verdient haben, um sich so ein nettes kleines Museum anlegen zu können.

Es gibt Leute, die sammeln Bilder oder Kupferstiche oder Tassen, und es gibt Leute, die sammeln Dokumenten oder Postkarten oder Korrespondenzen. Die katholische Kirche sammelt Knochen von Heiligen und Splinter vom Kreuze Christi und den Speer des Longinus und einen Zahn vom Apostel Petrus. Jeder hat halt seinen Idl.

Der Bürger von 1923 sammelt Kriegsinstrumente. Aber vielleicht ist der Mann ein Vollidl, der nur seinen Kindern zu zeigen wünscht, daß man nicht mit Schießgewehren spielen soll.

Kuno Kelchus.

Katholische Lesensatz. Im letzten Dienstag hatte die „Freie Schulgemeinde Berlin-Tiergarten“ eine Elternversammlung der drei katholischen Schulen Moabit's abgehalten. Die katholische Elternschaft kam mit einer bestimmten Parole in die Versammlung. Schon vor Beginn der Versammlung hielt ein Herr eine Ansprache, worin er die sofortige Eröffnung der Versammlung forderte. Der Vorstand ging auf den Wunsch sofort ein. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und kurzer geschäftlicher Mitteilung, in welcher ausdrücklich auf die freie und unbeschränkte Teilnahme in der Diskussion hingewiesen wurde, erhielt der Referent des Abends, Herr Bielez, das Wort zu seinem Vortrag: „Ist die weltliche Schule religionslos?“ Jetzt lehte sich der wahre christliche Glaube durch Jehovasches gleichzeitiges Rufen „Zur Tagesordnung“, verstärkt durch vielseitigen Vortrags zum Vorhandenbleiben und Aufstehen aller übrigen. Auf die Frage des Versammlungsleiters, was man eigentlich mit dem Tumult bezwecke, ward die Antwort daß die katholische Elternschaft es absehe mit Andersdenkenden über Fragen der Schulreform und Kindererziehung zu sprechen, und es als eine große Frechheit der

„Genossen“ betrachte, katholische Eltern zu gemeinsamer Sitzung zu laden. Die Führer forderten ihre Schüsse auf den Saal zu verlagern. Durch umherstehende Gruppen auf Treppen und dem Schluß der Versammlung zu dem ausschließlichen Zweck der Vertagungspragung erschienen waren.

Was kostet die deutsche Staatsbürgerschaft?

Vom Bund der Auslandsdeutschen erhalten wir zu dieser, heute wieder sehr aktuellen Frage die nachstehenden Mitteilungen:

In Preußen unterliegen die Einbürgerungsurkunden im allgemeinen einer Stempelsteuer von 150 M. Diese Steuer kann bei nachgewiesener Bedürftigkeit bis zu 5 M. ermäßigt werden. Hierzu tritt neuerdings ein Zuschlag von 300 Prozent, so daß die Stempelkosten für eine Einbürgerungsurkunde höchstens 600 M., mindestens 20 M. betragen. Daneben wird eine Gebühr von 600 M. erhoben, welche bei nachgewiesener Bedürftigkeit ebenfalls herabgesetzt werden kann, und zwar bis auf 20 Prozent des jeweils an Stempelsteuer und Zuschlag zu zahlenden Betrages. Somit beträgt die geringste Gebühr 4 M., die Gesamtsomme für die Erwerbung der preussischen Staatsbürgerschaft höchstens 1200 M., mindestens 24 M.

Die Direktion der Kaiserlichen Gaswerke gibt bekannt: Da der Sturz auf den Gaswerken fordbaueri, muß die Abgabe von Gas eingestellt werden. Bei dem geringen Gasdruck, der in der Rohrleitung noch vorhanden ist, wird entweder ein Berstchen oder nur ein ganz kleines Brennen der Flammen verursacht. Sobald dies bemerkt wird, müssen sofort alle Gasähne geschlossen werden, da sonst bei Wiederkehr des Druckes die Gefahr besteht, daß das Gas unbemerkt in Wohnräume und Küchen ausströmt und Schaden anrichtet. Eine Entnahme von Gas aus den Rohrleitungen durch Gasläuger ist strengstens verboten, da hierdurch Luft angefangt werden kann und durch das existierende Gasluftgemisch schwere Explosionen hervorgerufen werden können. Die Urheber solcher Explosionen wurden in vollem Umfange schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Die Milchzünge haben sich wieder gebessert. Vom Dienstag, den 7. d. M., ab, tritt daher wieder die normale Verteilung der Milcharten ein. Es erhalten mithin: Kinder im 1. Lebensjahr (A.1-Karten) $\frac{1}{2}$ Liter, Kinder im 2. Lebensjahr (A.2-Karten) $\frac{1}{2}$ Liter, Kinder im 3. und 4. Lebensjahr (A.3 und A.4) $\frac{1}{2}$ Liter, werdende Mütter (M.-Karten) $\frac{1}{2}$ Liter. Freie Milch kann nur, soweit die Einkünfte ausreichen, verteilt werden. Die Preise sind unverändert, 4 M. je Liter für Kartenmilch und 6,20 M. je Liter für freie Milch.

Die Kämpfe um die Studentenverfassung. Auf dem am Sonntag, den 4. Februar, in der Universität stattgefundenen Kreisstag des Kreises 8 (Jüher 10) der Deutschen Studentenschaft lehnten die Studentenschaften der Technischen, Landwirtschaftlichen, Tierärztlichen und Pädagogischen und der Bergakademie die Tagesordnung der Deutschen Studentenschaft ab. Sie wurden dazu hin vom Kreisleiter im Auftrage des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft als Mitglieder der Deutschen Studentenschaft suspendiert.

Die Studentenschaft der Universität ist infolge des Ausscheidens der verfassungstreuen Gruppen in zwei Teile zerprengt und besteht nicht mehr. Sie hatte daher keine Stimme. Die Studentenschaft der Handelshochschule ermahnt sich als die einzige verfassungstreue Berliner Studentenschaft.

Gewerkschaftliches

Vertagung der Betriebsräteversammlung

Die Generalversammlung der Berliner Betriebsräte, die für gestern in der Voßbrauerei, Fiedrichstraße, einberufen wurde, ist durch Beschlussunfähigkeit vertagt worden. Genosse Ullrich ließ die Zahl der Anwesenden ausählen. Es waren nur 181 Betriebsräte anwesend, während mindestens 251 zur Beschlussfähigkeit erforderlich sind. Aus der Mitte der Versammelten wurde der Wunsch laut, die Versammlung auf heute zu verlegen, und diese um 2 Uhr im Gewerkschaftshaus abzuhalten. Unsere Genossen haben die Pflicht, vollzählig zu erscheinen.

USPD. Gastwirtsangestellte!

Am Mittwoch, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im Clubhaus Fiegelstr. 11, eine wichtige Versammlung aller im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten organisierten U.S.P.D.-Genossen statt. Landtagsabgeordneter Genosse Ulmer spricht über: Die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sympathisierende Kollegen können durch Genossen eingeführt werden. Partei- und Gewerkschaftsausweis ist mitzubringen. USPD-Werksauschuss.

USPD-Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie. Die drei am Sonntag geplante gewöhnlichen Versammlungen des J. d. M., D. M. M. und D. M. M. konnten nur teilweise stattfinden. Stellung zum Schlichteramt des Reichsarbeitsministeriums zu nehmen und weitere Beschlüsse über den Fortgang der Verhandlungen zu fassen, ist unbedingt erforderlich. Trotz Verletzung der Versammlungstermine müssen die USPD-Funktionäre am Dienstag, den 7. d. Mts., abends pünktlich um 6 Uhr in Haverlands Kellerei, Neue Fiedrichstraße 55, anwesend sein. Außerdem wird Bericht über die gegenwärtige Lage gegeben werden. USPD-Bund Ortskartell Groß Berlin.

Kranzabteilung. Der Betriebsrat unserer Druckerlei teilt uns mit: Anlässlich des Ablebens der Genossin Luise Rich hat das technische Personal der „Freiheit“ anstelle eines Kranzes 500 Mark für die politischen Gesinnungen gesammelt, die dem Unterstützungsfonds für die politischen Gesinnungen zugesührt werden sind. Wir glücken hiermit am besten im Sinne unserer toten Genossin gehandelt zu haben.

Gewerkschaftsversammlungen

Preussischer Metallarbeiter-Verband. Die Sitzung der externen Verwaltung findet heute statt.
Funktionäre von H. Cies u. Co., Mariensfeld. Falls am Dienstag die Arbeit nicht aufgenommen ist, Sitzung, nachm. 2 Uhr, Tempelhofer Ufer, alte Bankoipf Straße, Der Arbeiterwart.
H. C. S. Gewerkschaft. Alle drei beschlossenen Reden erhalten von 1-3 Uhr Kontakt in folgenden Lokalen: Wachtel-Charakterbauert 2. 10. Kellerer Str. 12. — Wedding: Sittlicher Str. 44. — Gelnbergstrasse: Vulkaner Str. 17. — Schönhauser Parkstr. 1. — Gelnbergstrasse: Kranzplatzstraße (Dach an der Schule). — Kauldamm Str. 12. — Mariensfeld: Kellerer Str. 112a. — Tempelhofer Ufer, Berliner Straße. Die Funktionäreversammlung findet Dienstag, vorm. 11 Uhr, im Verbandshaus, Platzstr. 45. 46, statt. Die Ortsverwaltung.

Beamte, Angestellte und Arbeiter der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe

Heute, Dienstag, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr

Große öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstraße
Kliem's Festsäle, Hasenheide
Germaniasäle, Chausseestraße

Bölow-Brauerei, Prenzlauer Allee
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee
Hohenzollernsäle, Charlottenbg., Berliner Str.

Thema: Warum streifen wir und was ist die Antwort der Regierung?

Referenten: Namhafte Führer unserer Gewerkschaften

Die Zentralfreileitung.

Parteiveranstaltungen

Volksdramen, König Lear, Neues Volks-theater, Heurthler, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame, Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, Die Apollontheater, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame, Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, Die Apollontheater, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame...

Wiltberg-Bezirk, Neues Volkstheater, Abends 7 Uhr gemeinsames Jubiläum...

Bereinskalender

Volksdramen, König Lear, Neues Volks-theater, Heurthler, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame, Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, Die Apollontheater, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame...

Nr. 710 - Tagelöhner, Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Zweigverein, Kommandantenstr. 64, Wand der technischen Angehörigen...



Putz' die Schuh' mit Glycerin

Volksdramen, König Lear, Neues Volks-theater, Heurthler, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame, Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler, Die Apollontheater, Die Ehe im Kreise, Die Mondschleimame...

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen
für
Leinen- u. Baumwollwaren, Seifen, Kämmen, Haarschmuck
sofort gesucht
Meldungen 1-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen
für
Blumen und Federn
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1

Richard Erler
am 5. Februar 1922 in Osnabrück, seinem letzten Wirkungskreis, verstorben.
Ein lachendes Nierenleiden hat unseren treuen Mitarbeiter im besten Mannesalter d'ingerafft und aus seinem Tätigkeitsgebiet herausgerissen. Seine uner-müdliche Tätigkeit für unsere Organisation, die er auch so lange der Berliner Verwaltungsstelle widmete werden wir immer in dankbarer Erinnerung behalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutsch. Metallarbeiter-Verbandes.

Tüchtige Verkäufer
für
Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren
sofort gesucht
Meldungen: 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Straße 118-119

Branchekundige Verkäuferinnen
für
Damenwäsche
sofort gesucht.
Meldungen: 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 118/119

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsjahre Berlin
Todes-Anzeige
Alois Nowack
Die Gedenkfeier findet am Freitag, den 10. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, im Restaurant Berlin, Friedrichstr. 107.

Geschichte der USPD.
Von Eugen Prager
In dauerhaftem Halbleinband
50.- Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2, Breite Straße 3-9

Kleine Anzeigen
Kaufhäuser

Möbel
Gut und billig

Vertrauensmänner-Konferenz
der Rohrleger und Helfer
Tagungsordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen in unserer Fabrik vorber. 2. Diskussion. 3. Berichtverlesen.

Kaifgeschäfte
Schulampfen, Elektromotoren, Schrauben, Muttern, Bolzen, Federn, Nieten, Nägel, Schrauben, Muttern, Bolzen, Federn, Nieten, Nägel, Schrauben, Muttern, Bolzen, Federn, Nieten, Nägel...

Spezialbehandlung
Siphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Maranesschw
Nollansta. Dir. Andros, Inval. denstraße 147,
Berl. N. 10, Tel. 12.4.8.5.9.10-12

Vertrauensmänner-Konferenz
aller Vertrauenspersonen der Dürlar, Fricker, Metallarbeiter, Galvanisierer, Dreher, Feinwerk, Graveure, Bildeure und Klempner.

Branden-Versammlung
der Drahtarbeiter Groß-Berlins
Tagungsordnung:
1. Das neue Lohnabkommen und die ihm wirkung deselben 2. Verhandlungsgegenstände. 3. Berichtverlesen.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a.
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfen,
tells aus Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, Kleider, Jacken, Mantel, Blusen, Hemden, Strümpfen, Handschuhen, Schuhe, Kappen, Hüte, etc.